

**Haass, Richard H.: Toward Greater Democracy in the Muslim World**, in „The Washington Quarterly“ Summer 2003, pp. 137.

Der Autor, der diesen Beitrag vor seinem nicht ganz freiwilligen Rücktritt als Direktor der „Policy Planning Staff“ im amerikanischen Außenministerium geschrieben hat, fordert seine Regierung dazu auf, die Demokratie im Ausland zu fördern, wobei sich Realismus und Idealismus einander ergänzen sollten. Bisher habe die Demokratisierung besonders in der arabischen Welt keine Priorität besessen, weil sich Washington darauf konzentriert habe, für den ständigen Zufluss des Erdöls zu sorgen, seine Militärbasen zu sichern, den iranischen Einfluss einzudämmen, sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu befassen und – zuzeiten des Kalten Krieges – der Sowjetunion entgegenzutreten.

Warum sollen diese Versäumnisse nun nachgeholt werden? Haass nennt altruistische Motive und Gründe des Eigeninteresses. Wer die Demokratisierung vernachlässige, fördere Extremismus und Terrorismus in den Ländern der moslemischen Welt. Ihre Regierungen würden damit derart unter Druck gesetzt, dass sie es nicht wagten, für die Vereinigten Staaten als Partner im Kampf gegen diese Erscheinungsformen zu agieren. Dabei seien die Vereinigten Staaten, wie die Beziehungen zur Türkei bewiesen, keine Gegner von islamische Parteien, denn: Es gäbe mehrere Demokratiemodelle, Wahlen seien noch nicht mit Demokratie gleichzusetzen – Beispiel Saddam Hussein –, Demokratie brauche Zeit, sie gründe auf einer informierten und qualifizierten („educated“) Gesellschaft, wesentlich seien unabhängige und verantwortungsvolle Medien, die Frauen leisteten einen vitalen Beitrag zur Demokratie, politische und ökonomische Reformen verstärkten sich gegenseitig, und Demokratie lasse sich am besten von innen her entwickeln, auch wenn sie von außen ermutigt werden könne.

Diese Prinzipien klingen allesamt einleuchtend und vernünftig. Schaut man sich allerdings in der US-Politik um, so springt die tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit krass ins Auge. Wenn Haass behauptet, dass Washington mit dem irakischen Volk die Demokratie aufbaue, so sind die bisherigen Erfahrungen alles andere als ermutigend. Wohl nicht von ungefähr, hat Präsident Bush seine „Middle Eastern Initiative“ in „Partnership“ umbenannt und dennoch ihre Präsentation auf unbestimmte

Zeit verschoben. Im übrigen sind dem Autor die Spannungen zwischen Israelis und den Palästinensern keine Silbe wert, was darauf hindeutet, dass die USA im Staat Israel „einen wahren und verlässlichen Alliierten“ sehen, wie Bush kürzlich noch einmal betont hat, dem die Regelung des Konflikts mit angeblich gutem Gewissen überlassen werden kann.

*Reiner Bernstein*